

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen,

wir sollen hier einen Text diskutieren, der selbst heute Morgen noch nicht allen Mitgliedern des Rates vorlag. Das zeigt, wie man hier im Rat miteinander umgeht. An dem mir vorliegenden Entwurf gibt es einiges zu bemängeln, vieles zu unterstreichen.

Der Krieg in der Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg und ein klarer Bruch der UN-Charta. Dieser Krieg der russischen Regierung ist durch keine der vorgebrachten Begründungen zu rechtfertigen. Er muss sofort beendet werden. Die Forderung muss also lauten, auf diplomatischem Wege alles zu tun, damit es zu einem sofortigen Waffenstillstand und zum Abzug der russischen Truppen kommt.

Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die unter dem Krieg und seinen Folgen zu leiden haben und die sich für eine friedliche Lösung einsetzen. Dieser Krieg kann nur am Verhandlungstisch gelöst werden.

Das Traurige ist jedoch, dass er gerade keine Zeitenwende darstellt, wie die Resolution behauptet. Für eine Zeitenwende hat jedoch gerade die deutsche Bundesregierung gesorgt und das erwähnt die Resolution mit keinem Wort. Geht es nach dem Willen der jetzigen Regierung, sollen ab jetzt jährlich 2% des Bruttoinlandsproduktes, ca. 75 Milliarden Euro, für Rüstung verschwendet werden. Zusätzlich soll es zu einem Sonderfonds für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden kommen in Form eines Schattenhaushaltes, sprich über Schulden finanziert, und im Grundgesetz verankert. Das wäre das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik und das unter Beteiligung der SPD und der Grünen.

Geld, welches dann nicht zur Verfügung stehen wird, um die Energiewende zu schaffen, um Schulen, Universitäten und Kitas wieder in einen zivilisierten Ort

zu verwandeln, anstatt sie verrotten zu lassen, das fehlen wird, um unsere Bahninfrastruktur endlich zukunftsfähig zu machen und das bitter fehlen wird, um das Gesundheitssystem endlich wieder aus den Fängen der Privatisierer zu befreien und es wieder zu einem System zu machen, das der Gesundheit der Bürger dient. Die Profite der Rüstungsunternehmen werden in ungeahnte Höhen getrieben.

Der kleine Bürger wird das bezahlen. Allein für Gelsenkirchener Bürger heißt das, sich mit 300 Millionen an diesem Wahnsinn zu beteiligen.

In dem mir vorliegenden Text geht es dann weiter mit dem dankenswerten Engagement der Gelsenkirchener, der Koordinierungsarbeit der Verwaltung, alles richtig und wichtig und unterstützenswert. Die Forderungen an Bund und Land sind richtig und werden wohl von allen mitgetragen.

Die dann folgende Passage zu Schachty teile ich nicht ganz. Gerade jetzt muss man die Kontakte nach Russland halten, Informationen auszutauschen muss hier das Ziel sein. Kontakte wie diese sind nutzlos, wenn sie Schönwetterveranstaltungen sind. Außerdem ist die Städtepartnerschaft schon seit Jahren eingeschlafen, das hat eine Anfrage unserer Fraktion im letzten Jahr ergeben.

Wir werden diesen Text in der uns vorliegenden Form daher ablehnen und uns der Resolution von AUF anschließen.

Es gilt das gesprochene Wort.

Martin Gatzemeier